

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

40 (16.2.1899) Parlaments-Ausgabe



gerung wird diesem Vorschlag nicht folgen, auch wenn es diesmal zu einer annehmbaren Vereinbarung nicht kommen sollte. Dadurch würde das ganze Gebäude niedriger sein, das Selbstverwaltungsprinzip völlig beseitigt werden; eine solche Lösung würde auch der allerhöchsten Verfassung vom 17. Januar 1887 durchaus widersprechen. Man begründet die geforderte anderweitige Verteilung der Kosten damit, daß sich die Berechnungen von 1888 als unrichtig erwiesen hätten, daß einzelne Anstalten im Ueberfluß lebten, während andere, namentlich in Gegenden, wo die Landwirtschaft überwiegt, mit Fehlbeträgen wirtschafteten. Ich habe nicht in dem Maße die Ueberzeugung von der unzulässigen Befahrung der Dinge in landwirtschaftlichen Kreisen, wie die Regierung, denn die Landwirtschaft hat für die Unfallversicherung sehr nur 17 Millionen aufzubringen, gegenüber 48 Millionen auf Seiten der Industrie. Der Hauptgrund für die gegenwärtige Finanzlage ist zu suchen in der Höhe der Ausgaben während des Uebergangsstadiums. Im ersten Jahre erhielten nicht weniger als 130 000 über 70 Jahre alte Leute die Altersrente, ohne daß sie irgend welche Beiträge zu zahlen hätten, ähnlich war es bei der Invalidenrente. Das verleiht gegen alle Versicherungsgrundsätze, und ich meine, je weiter wir uns von der Zeit dieses Uebergangsstadiums entfernen, um so günstiger müssen die Verhältnisse werden. Ein Moment allerdings würde von dauerndem Einfluß bleiben. Was die Höhe hoch sind, sind auch die Beiträge niedrig. Die Beiträge in den unfaulen beiden Lebensklassen, also namentlich in denen der landwirtschaftlichen Kreise, halte ich für zu niedrig, in den anderen Lebensklassen sind sie für den Bedarf zu hoch. Das erklärt den finanziell verfallenen Stand der einzelnen Anstalten. Es kommt hinzu, daß die industriellen Arbeiter weit kleiner in den Genuss der Altersrente gelangen, als die landwirtschaftlichen, und sie auch durchschnittlich nicht so lange Zeit beziehen. Was nun die Ausgleichsfrage anlangt, so war im Jahre 1887 nur von einer Halbierung der künftigen Kosten die Rede. Schon dieser Gedanke begegnete damals allgemeinem Widerspruch, weil man sich sagte, daß dann die einzelnen Versicherungsanstalten nicht mehr das genügende Interesse für eine sparsame Wirtschaft behalten würden. Heute aber geht ja die Regierung viel weiter; sie will auch das bereits angelammelte Vermögen theilen, sie will kurzen Prozeß machen. Das halte ich nach den bisherigen gesetzgeberischen Grundsätzen nicht für zulässig. Gemäß ist der Gesetzgeber dazu in der Lage, eine gewisse Veränderung in den Vermögensverhältnissen der Bevölkerung herbeizuführen, aber wo ist es denn jemals vorgekommen, daß solche Gesetze rückwirkende Kraft hatten? Wenn von den Sozialdemokraten solche Vorschläge gemacht würden, sollte es mich gar nicht wundern, daß sie aber von der Regierung ausgehen, verstehe ich nicht. Der Widerspruch des Abg. Molkenbühr richtete sich denn auch in der That nicht gegen die Theilung als solche, sondern nur dagegen, daß sie ihm nicht weitgehend genug erschien. Graf Woladowitz meinte nun zwar, es könne hier von der Theilung eines Privatvermögens keine Rede sein, da es sich um für einen Reichszweck angelammelte Gelder handele, allein das dieser Hinweis unberechtigt ist, hat schon Herr Hofmann nachgewiesen. Der Begriff des Sondervermögens liegt bei Berücksichtigung der besonderen Kaffeineinrichtungen der einzelnen Anstalten ganz klar zu Tage. Es wird auch niemals gelingen, es den Arbeitern klar zu machen, daß es berechtigt ist, aus den von ihnen angelammelten Beiträgen anderen Arbeitern Vorteile zu verschaffen. Befreunden könnte man sich viel eher mit den Gedanken einer Verteilung der Grundbeträge, da es sich hier um eine feststehende Last von 60 Mark handelt, die für alle Versicherungsanstalten zur Zeit die gleiche ist; aber das würde nach der neuen Vorlage auch nicht möglich sein, da diese die Grundbeträge erheblich gesteigert hat und sie in mehrere Klassen abgetheilt. Mir erscheint es bedauerlich, daß die Zielsetzungsbeträge jetzt zu stark gegenüber dem Grundbetrage zurücktreten. Dadurch wird das Interesse der einzelnen Versicherungsanstalten sowohl, wie das Interesse der Versicherten am Markte sehr vermindert. Nach der neuen Vorlage steigerte sich die Rente viel zu wenig in den verschiedenen Klassen. Auf eine Annahme möchte ich hier hinweisen. Hat jemand 20 Wochen lang seine Beiträge in der fünften Lebensklasse gezahlt, so erwirbt er dadurch ein Anrecht auf eine Rente von 180 Mk.

wozu noch 50 Mk. Reichszuschuß und 12 Mk. Steigerung kommen, also auf eine Gesamtrente von 242 Mk. Kommt nun der Mann in Verhältnisse, die ihn zwingen, in die erste Lebensklasse überzutreten, so ermäßigt sich seine Rente nach vier Jahren auf 186 und nach weiteren vier Jahren auf 172 Mark. Er hat sich also, trotzdem er acht Jahre länger Beitrag gezahlt hat, von 242 auf 172 Mark allmählich herabgeseht. (Seitens.) Solchen Zuständen können wir unsere Zustimmung nicht geben. Ich meine, wenn man die Rente erhöhen will — und damit bin ich gewiß einverstanden — so soll man die Steigerung erhöhen. Auch damit kann ich mich nicht befeinden, daß dem Bundesrat die Vollmacht erteilt werden soll, nach zehn Jahren selbständig Änderungen in dem Teilungsmodus einführen zu dürfen. Die Druckschrift und die Motive liefern nicht den vollen Beweis für die Notwendigkeit dieser Maßregel. In der Druckschrift heißt es: „Bei Vertheilung der Ergebnisse dieser technischen Rechnung muß man sich immer vergegenwärtigen, daß alle versicherungstechnischen Berechnungen auf Wahrscheinlichkeit beruhen.“ Der Wahrscheinlichkeitsbegriff legt aber unabweislich voraus, auch bei den zuverlässigsten Unterlagen, daß Abweichungen zwischen der Wirklichkeit und der Berechnung heraustragen können. Liegen die Verhältnisse so, dann wird man nicht ohne weiteres dem quantitativen Brauchen, was in der Druckschrift steht, mit der Frage der Differenzierung der Renten. Die Höhe der schmerzhaften Anstalt erklärt sich nach dem Bericht des früheren Vorsitzenden aus der Hinterziehung von Beiträgen, aus der Ansicht der Arbeitgeber, sich den Armen lassen zu entscheiden u. s. w. Jetzt hat der Vorstehende nachgewiesen und wir haben einen neuen Bericht bekommen. Darin wird ja allerdings meine Behauptung auf Grund des früheren Berichtes widerlegt; es wird erklärt, daß nur 66 Personen sich tatsächlich ihrer Beitragspflicht entzogen hätten. Aber es geht doch aus diesem Bericht hervor, daß die Zahl der Strafen erheblich, und zwar von 160 auf 187, geblieben ist. Daran geht doch hervor, daß dort noch Vieles besser werden könnte. Es wird dann in dem neuen Bericht gesagt, daß der Anstalt dadurch große Kosten erwachsen, daß die Hälfte der Rente, die Altersrenten bezahlen, unzulässige Arbeiter seien. Ich verstehe es nicht, wie unzulässige Arbeiter zu Altersrenten gelangen können, wenn sie alle Jahre nur 25 Wochen arbeiten! (Lebhaftes Zustimmungslächeln.) Von einem Bankrott der öffentlichen Anstalt kann jedenfalls gar keine Rede sein, ihr Vermögen beträgt nach wie vor ca. 8 Millionen, und es handelt sich lediglich darum, ob genügend Deckungskapital vorhanden ist. — Einem Wunsche möchte ich hier Ausdruck geben. Die Geschäftsführer haben von der Invalidenversicherung fast gar keinen Nutzen. Es entspräche ihrem Verlangen, wenn man ihnen dafür eine Wittwen- und Waisen-Versicherung gäbe. Für örtliche Versicherungskassen bin ich von jeher eingetreten, aber sie müssen so erweitert werden, daß sie in den Rahmen unserer Selbstverwaltung bei der Unfallversicherung hineinpassen. Ich bedaure, daß den Rentenstellen nicht auch die Pflege der Renten bis zu einem gewissen Grade übertragen werden ist. Das hätte ich gerade für das Wichtigste gehalten. Den größten Werth legen wir auf die Unabhängigkeit der Vorstände der Rentenstellen; wir können und dürfen nicht dem Vorstände konfessioneller Zeitungen anhängen, den Vorsth den Landräthen zu übertragen. Auch wir verlangen Vorstände im Hauptamt. Ich wünsche, daß es gelingen möge, in der Kommission ein Gesetz zu Stande zu bringen, das nach jeder Richtung befriedigt und den Arbeitern nicht länger Wohlthaten vorenthält, die ihnen so lange entzogen worden sind. (Beifall links.)

Abg. Gump (M.): Er bedauere, daß Abg. Mölde wieder Angriffe gegen die Verwaltung der öffentlichen Anstalten erhoben habe, obwohl er die vorjährigen Beschuldigungen betr. Marken-Verbreitung, Regeln nicht vorbringen konnte. Hoffentlich sei die strengste Kontrolle eingeführt worden, die auch eine erhebliche Erhöhung der Beiträge ergeben habe. Die Gesetzgebung habe eine Ungerechtigkeit begangen in ihren Bestimmungen über die Vermögensanammlung und müsse diesen Fehler wieder gut machen und zwar durch eine organische Aenderung des Gesetzes, nicht durch eine vielleicht einmalige Abhilfe. Während reiche Anstalten alle möglichen kostspieligen Einrichtungen treffen

können, müssen sich die ärmeren Anstalten auf das Notwendigste beschränken. Was die Rentenstellen anlangt, so liege ihnen gewiss ein wichtiger Gedanke zu Grunde, nämlich, Sozialstellen zu schaffen, um mit den Arbeitern direkt in Beziehungen zu treten. Aber die Sozialstellen würden dann wohl überflüssig werden. Auch besäße das Bedenken, daß sehr viele neue Beamten notwendig sein werden und überhaupt durch die Rentenstellen erhebliche Mehrkosten erwachsen. Er wolle hier aber noch nicht feste Stellung nehmen. Was die Wittwen- und Waisenfürsorge anlangt, so sei sie für die Landwirtschaft bedeutend wichtiger, als die Altersversicherung. Herr Hige wolle die Wittwen- und Waisenfürsorge in der Art einschmuggeln (Seitens), daß er den Arbeitern mit Familie und Kindern ein Zuschlag zur Rente gewähre. Besser wäre es doch, der Familien zu gedenken, die gar keinen Erbkörper haben. Die Landwirtschaft könne nicht eher neue Lasten tragen, ehe nicht der schwere Druck von ihr genommen sei, unter dem sie seit Abschluß der Handelsverträge leide. In diesen sei gerade das Centrum schuld. Wenn Herr Molkenbühr vorstehende die Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter in die Vorlage hineinzuarbeiten, so beweise er, daß er die Verhältnisse auf dem Lande gar nicht kenne. Es komme im Osten nicht vor, daß ein Mann 13 Wochen ins Krankenhaus komme und inzwischen seine Familie hungere und seine Wirtschaft zu Grunde gehe. Die Bezahlung der Arbeiter auf dem Lande mit Naturallohnem entspreche mitunter dem südlichen Lohnen an ungelernete Arbeiter. Wohnung, Heizmaterial, Getreide, Milch u. s. w. seien frei und machen bis 900 Mk. jährlich aus. (Widerpruch und Zustimmung links.) — Er benutze die Gelegenheit, die Behauptung des Abg. Molkenbühr zurückzuweisen, daß Herr v. Kott die Krugelstraße für Minderjährige empfohlen habe. Er habe nur für Arbeitsvergehen solche eventuell empfohlen, auch Herr Dr. Eitzenau habe ja die Krugelstraße empfohlen. (Beifall.) So, das freue ihn zu hören. — Betreffs des Vermögensausgleichs möchte er den Grundsatze der Gerechtigkeit vertreten, d. h. den Fehler der Gesetzgebung beseitigen und den vorkommenden Anstalten durch anderweite Regelung des Reichszuschusses zu Hilfe kommen. Für die Zukunft könne dann der hier vorgeschlagene Weg der Zusammenlegung der Vermögensgegenstände werden. Sollte dies abgelehnt werden, müsse man im Abgeordnetenhaus Brechen veranlassen, von den Einzelstaaten im Gesetz gebenden Besonderen Gebrauch zu machen und die im Landesgebiet gelegenen Gesellschaften zu vereinigen. Hoffentlich gelinge es aber, hier im Reich eine einheitliche Regelung herbeizuführen.

Abg. Naab (Mitt.): Er stehe im Besonderen auf dem Boden der Vorlage, nur sei zu wünschen, daß der Vorsth der Rentenanstalten im Hauptamt ausgeübt werde, nicht im Nebenamt, da für die Vorstehenden eine große Summe von Kenntnissen notwendig sei. Die starke Vermögensanammlung einzelner Anstalten sei ein Schaden für das Ganze und der Gedanke an eine Reichsanstalt sei nicht von der Hand zu weisen. Es müssen unrichtige Berechnungen der Mathematiker abgewandt haben, daß einige Anstalten in so schwere Vorlage geraten könnten. Die landwirtschaftlichen Arbeiter hätten auf diese Weise lange nicht die Vorteile, die den industriellen Arbeitern aus dem Gesetz erwachsen seien, und er fordere die Sozialdemokraten auf, hier wirklich einmal etwas für die ländlichen Arbeiter zu thun und die oft betonte Solidarität aller Arbeiter zu beweisen. Die Beiträge zur Versicherung müßten auch der Gerechtigkeit unterliegt werden, am besten auf dem Wege der Reichsrentenkommision. Die Verpackung der Vorlage mit der Krankenversicherung sei zu hoch und unzulässig. Die Sozialdemokratie bekämpfe jede Sozialpolitik, nehme aber alle Vortheile, die dieselbe den Arbeitern gewähre, für sich in Anspruch. Er bitte, sich bei dieser Vorlage hinter die Regierung zu stellen.

Hierauf wird die weitere Berathung vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Freiser von Stamm, Dr. Hige, Mölde.

Nächste Sitzung Mittwoch, 15. Februar, 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung. Interpellation betr. die Ausweisungen in Nordschleswig. Schluß 3 Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Neuf in Karlsruhe.

**Lieferung von Granit-Bordsteinen.**  
Die Lieferung von ca. 400 Stk. geraden Granitbordsteinen u. ca. 500 Stk. Wogen-Granitbordsteinen soll vergeben werden.  
Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis  
**Samstag den 25. I. M.,**  
vormittags 9 Uhr,  
in diesseitiger Kanzlei einzureichen, worauf die Bedingungen und Zeichnung zur Einsicht anliegen. Zuschlagsfrist 8 Wochen.  
Karlsruhe, den 3. Februar 1899.  
Städt. Tiefbauamt.

**Lieferung von Sandstein-Bordsteinen.**  
Die Lieferung von 6000 laufenden Meter Sandstein-Bordsteinen — im Ganzen oder in 2 Losen — soll vergeben werden.  
Schriftliche Angebote auf das ganze Quantum oder auf 1 Los sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis  
**Samstag den 25. I. M.,**  
vormittags 9 Uhr,  
in diesseitiger Kanzlei einzureichen, worauf die Bedingungen und Zeichnung zur Einsicht anliegen. Zuschlagsfrist 8 Wochen.  
Karlsruhe, den 3. Februar 1899.  
Städt. Tiefbauamt.

**Lieferung von Pflastersteinen.**  
Die Lieferung von 6500 qm Pflastersteinen soll vergeben werden.  
Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis  
**Samstag den 25. I. M.,**  
vormittags 9 Uhr,  
in diesseitiger Kanzlei einzureichen, worauf die Bedingungen zur Einsicht anliegen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
Angebote, nach welchen der Quadratmeter Pflasterstein mehr als 5 Mk. 50 Pf. franko Bahnhof Karlsruhe kosten würde, können keine Berücksichtigung finden.  
Karlsruhe, den 3. Februar 1899.  
Städt. Tiefbauamt.

In günstigster Lage ist ein zur Errichtung einer  
**Fabrik**  
vorzüglich geeignetes Anwesen billig zu verkaufen. Offerten an die Exped. d. Bl. unter Nr. 679.63

**Badische Pferdeversicherungs-Anstalt zu Karlsruhe.** Reorganisiert 1888.  
Begründet 1873.  
Versicherung von Pferden gegen Todesfall, Unfall, Unbrauchbarkeit infolge unheilbarer Krankheiten, Fuß- und Beinleiden u. s. w. Entschädigung: 80 % des versicherten Wertes bei Todesfall und 60 % bei gänzlicher Unbrauchbarkeit ohne weitere Abzüge. (Höchster Entschädigungssatz, welcher überhaupt von Versicherungsvergesellschaften bezahlt wird.) Auszahlung innerhalb 14 Tagen. Prämie 4-6 %, je nach der Gebrauchart. 62.62.33  
Ankünfte bereitwillig durch die Direktion in Karlsruhe.

**Landbank.**  
Institut zur Förderung der inneren Kolonisation im Deutschen Reich durch Erwerb und Veräußerung von ländlichen Besitzungen, Bildung von Bauernkolonien, Verkauf von Ackergeräten, Bausachen, Vieh, Grundstücken, Wägen, Sägeln u. s. w. zu äußerst günstigen Bedingungen. 175.52.48  
Verkauf wurden 1896 ca. 24 000 Morgen, 1897 ca. 36 000 Morgen. Grundkapital 10 Millionen Mark.  
Geschäftsstelle: Berlin W., Behrenstr. 43/44.

**BÉNÉDICTINE**  
DER BESTE ALLER LIQUEURE.  
Man achte immer darauf, dass sich am Fusse jeder Flasche die vierköpfige Etiquette mit der nebenstehenden Unterschrift des General-Directors befindet. In Karlsruhe zu haben bei Franz Fischer & Co., Steinstr. 29; Julius Hoock, Krogstr. 6 u. Kaiserstrasse 102; Georg Oehler, Hofconditor, Herrmannstr. 12, nächst d. Kaiserstr.; G. Solwindt, Waldstr. 88; L. Dörflinger, Waldstr. 46; J. Fell, Kaiserstr. 70, Carl Hager, Holl. 319. 7  
**HANS HOTTENROTH,**  
General-Agent, Hamburg.

Das solideste Fahrrad ist  
**„Wanderer“.**  
Verkaufsstelle: Herm. Oertel, Eitlingerstr. 89. 735.30.2

**Danksagung.**  
Zu 6 Wochen habe ich durch die Behandlung des berühmten Haar-Spezialisten, Herrn Dr. Kiro in Herford den hässlich n Haarwuchs hervorgebracht; ich war vorher beinahe kahlköpfig, mit Schuppen, Jucken und Haarausfall fast gelag. Jetzt bin ich von allem befreit und habe stärkeres Haar wie je zuvor.  
Ich spreche dem Herrn Dr. Kiro in Herford für diesen glücklichen Erfolg meinen wärmsten und öffentlichen Dank aus. Niemand sollte veräumen, bei ähnlicher Plage sich schleunigst an denselben zu wenden. Prosopette sendet er kostenfrei.  
31.4.1  
Jof. Schadenfroh, Müller.

**„Wahrer Jacob“**  
der beste aller  
MAGENBEUTER  
PRÄMIERT SEIT 1850. ERFUNDEN UND ALLEIN FABRIZIRT SEIT 1840 VON  
**JACOB DROUEN & CO**  
Hollfelderstr. 10  
COBLENZ  
a. Rhein.  
Ist zu haben in Karlsruhe in den meisten bessern Restaurants. 783.71

**Odonta,**  
zu haben bei 838.61  
**Luise Wolf Ww.,**  
4 Karlsruherstraße 4.

Massiv goldene Trauringe mit Karatstempel, Hochzeits-, Falt- u. Gelegenheitsgeschenke empfohlen in größter Auswahl zu billigen Preisen. 61.52.26  
**M. Friederich & Cie.,** Juweliere, Karlsruhe, stäckerstraße 92, neben Hotel Erbprinz, Bruchsal Kaiserstraße 32.

**Kaiser-Blume**  
feinster Sekt  
süß, halbtrocken  
und trocken  
von  
**Gebrüder Hoehl**  
in Geisenheim.  
K. Bayer. K. ital. u. K. rumän. Hoflieferanten  
**Schaumwein-Kellerei.**  
Zu beziehen durch die Weinhandlungen. 129

**Garantirt reine ungarische Medicinalweine (Tocayer)**  
von der Firma  
**J. Palugay & Söhne,**  
Pressburg (Ungarn)  
in Gebinden von 80-150 Liter ab höchstem Holzfasser, empfindlich der Generalvertreter 248.15.10  
**J. C. Delsz,**  
Karlsruhe, Kaiserstraße 68.

**I<sup>o</sup> Kartoffeln**  
Lieferung woggenweise zu billigsten Preisen: 893.31  
**S. Moos & Cie.,**  
Basel (Schweiz).

**Patent-Bureau**  
**Konrad Zeisig**  
fr. statim. Ing. l. Kats. Patentamt  
STUTT GART. Tel. 3753.

Die 58.52.30  
beste und billigste Bezugsquelle für solide Holz- und Polstermöbel, complete Ausstatten und ganze Zimmer-Einrichtungen in das Möbel-, Betten- und Tapezier-Geschäft von  
**Lud. Seiter,** Waldstraße 7.  
Seirat. Gedr. Ausm. d. reichst. Partien sendet, Einleit. ung kostenfrei, D. M. Berlin 9. 887.13.2